

Kinder- und Jugendbeteiligung | 26.02.2026 | Nr. 63/26

Beate Nielsen: TOP 28: Kinder und Jugendliche an Demokratie heranzuführen und beteiligen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen,

die Jugend ist unsere Zukunft und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, diese aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Das Recht auf politische Bildung sowie demokratische Partizipation von jungen Menschen ist auf verschiedenen Ebenen gesetzlich festgehalten.

Infolge der Geltung des Grundgesetzes und der UN-Kinderrechtskonvention haben junge Menschen das Recht auf Bildung sowie auf Selbst- und Mitbestimmung. Darüber hinaus fordert das Jugendförderungsgesetz Schleswig-Holstein, dass junge Menschen zu gesellschaftlicher Mitverantwortung im Sinne von demokratischer Mitgestaltung befähigt werden. Paragraph 47f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein besagt, wenn die Gemeinde Vorhaben verfolgt, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, dann sind diese in angemessener Weise zu beteiligen.

Diese Beteiligung kann in unterschiedlichen Formen erfolgen: Projektbezogen, beispielsweise in Workshops, Jugendversammlungen oder Jugendforen.

In unseren über 1.100 Kommunen gibt es aber auch die gewählten Repräsentanten auf Zeit, die Jugendbeiräte oder auch Jugendparlamente. Zurzeit haben wir gemäß den Angaben des Sozialministeriums 83 Jugendbeiräte.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, unser Ziel sollte es sein, flächendeckend Kinder- und Jugendbeiräte einzurichten. Sie sind dann ein fester Bestandteil der kommunalen Mitbestimmung, ähnlich den Seniorenbeiräten.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens bitten wir heute um die Erstellung eines Leitfadens zur Gründung von Jugendbeiräten. Dieser Leitfaden soll Vorschläge zur Anwerbung von Jugendlichen, Bekanntmachung des Gremiums und natürlich zur fachlichen und organisatorischen Begleitung beinhalten. Wenn möglich, ist eine Mustersatzung für die Kommunen wünschenswert. Ein solcher Leitfaden kann bei der Gründung von Jugendbeiräten für alle Kommunen helfen und zu mehr Jugendbeteiligung führen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich werbe an dieser Stelle auch darum, das Thema Jugendbeteiligung verstärkt in Schule und Ganztag zu etablieren, um über die Rechte und Möglichkeiten zu informieren. Denn gerade in den Schulen erreichen wir alle jungen Menschen.

Ein weiterer Punkt ist das ehrenamtliche Engagement. Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule wird auf Beschluss der Klassenkonferenz und natürlich Zustimmung der betreffenden Person im Zeugnis vermerkt werden. In der Praxis wird diese Option jedoch nur selten genutzt. Engagement muss gewürdigt werden. Es zeigt die Einsatzbereitschaft für unsere Gesellschaft. Zusätzlich kann das ehrenamtliche Engagement den Jugendlichen bei Bewerbungen um einen Praktikumsplatz oder gar Ausbildungsplatz maßgeblich unterstützen.

Wir dürfen keine Arbeit und Mühe scheuen, unsere Jugend an demokratische Entscheidungsprozesse heranzuführen und aktiv zu beteiligen. Viele Kreise unterstützen bereits ehrenamtlich geführte Gemeinden mit Konzepten und fachkundiger Begleitung. Doch wie wir sehen, gibt es nicht einmal 100 Kinder- und Jugendbeiräte in unserem Land.

Es liegt noch viel Überzeugungsarbeit vor uns. Bitte unterstützen Sie dieses Anliegen und stimmen Sie unserem Antrag zu. Vielen Dank.